

Vorlage-Nr.: **1166-2017/DaDi**

Aktenzeichen: 416-005

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018 – Sozialwohnungen – Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf alle Möglichkeiten des Landkreises Darmstadt-Dieburg – gemeinsam mit den 23 Kreiskommunen – für die zeitnahe Umsetzung des Baues von bezahlbarem Wohnraum im Landkreis Darmstadt Dieburg zu prüfen.

Begründung:

- Die mehr als angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt führt zu dramatischen Zuständen auf dem Wohnungsmarkt. Vor allem Bezieher/innen von Sozialleistungen, Geringverdiener und Alleinerziehende können auf dem freien Markt oftmals keine bezahlbare Wohnungen mehr finden. Wohnen ist ein Grundrecht. Der freie Immobilienmarkt ist ganz offenbar nicht in der Lage dieses Problem zu lösen. Er vergrößert es noch. In dieser Frage ist der Landkreis Darmstadt Dieburg gefragt.
- Dazu gehört: Einladung aller Bürgermeister im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit Vertretern der Kreistagsfraktionen, dem Landrat und Vertretern des Kreisausschusses zur eingehenden Erörterung über den Sachstand in der Frage „Bau von Sozialwohnungen und evtl. Nutzung des Leerstandes“.
- Hier muss auch intensiv über die „angemessenen Mieten im Landkreis Darmstadt-Dieburg diskutiert werden und die Frage erörtert werden, warum und wie mit dem geltenden schlüssigen Konzept des Landkreises solche niedrigen Ansätze für Kaltmieten entstehen und wie und ob mit realistischen Ansätzen der Kaltmieten im Landkreis Darmstadt-Dieburg mehr sozialer Wohnungsbau möglich sein kann. (Das schlüssige Konzept – das Konzept wie es zu so niedrigen angemessenen Kaltmieten im Landkreis kommt – ist den Teilnehmern zu übermitteln)
- Hier wird auch die Frage „wer ist am Bau und Bestand von Sozialwohnungen (z.B. Bauverein und gemeinnützige Baugenossenschaft) beteiligt und welchen sozialen Wohnungsbestand in den Kreiskommunen gibt es und wie viele Wohnungen fallen zukünftig wegen fehlender Sozialbindung oder aus anderen Gründen und zu welchem Zeitpunkt aus dem Sozialen Wohnungsbau heraus“.
- Hierzu wird zu einer Sitzung im ersten Halbjahr 2018 eingeladen.